

Altdorf, 9. Februar 2026

## Projekt E-Government Uri: Zwischenstand und Ausblick

Mit dem [Projekt E-Government Uri](#) wird geprüft, wie im Kanton Uri die digitale Weiterentwicklung gemeinsam von kantonaler Verwaltung und den Gemeinden ausgestaltet werden kann. Ziel ist es, Behördenleistungen künftig stärker zu koordinieren, digital zu bündeln und für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung einfacher zugänglich zu machen.

### Workshops als wichtige Standortbestimmung

Im Januar 2026 fanden ein Gemeinde- sowie ein Kantonsworkshop statt. Die breite Beteiligung aus Gemeinden und kantonaler Verwaltung zeigte deutlich: E-Government wird als gemeinsames Zukunftsthema verstanden. Im Zentrum der Diskussionen standen weniger technische Fragen als vielmehr organisatorische und fachliche Aspekte der Zusammenarbeit.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass digitale Lösungen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Verwaltung einen echten Mehrwert bieten müssen und langfristig tragfähig ausgestaltet sein sollen.

### Zentrale Erkenntnisse

Aus den Workshops lassen sich mehrere gemeinsame Stossrichtungen ableiten:

- **Ein zentraler Zugang zu Behördenleistungen:** Kantonale und kommunale Dienstleistungen sollen über ein einheitliches, nutzerorientiertes Service-Portal auffindbar sein.
- **Digital first – aber nicht digital only:** Digitale Angebote haben Priorität, analoge Kanäle bleiben aber weiterhin wichtig.
- **Durchgängige Prozesse:** Abläufe sollen von der Eingabe bis zur internen Weiterverarbeitung medienbruchfrei werden.
- **Klare Zusammenarbeit:** Es besteht ein breiter Wunsch nach verbindlichen Zuständigkeiten, gemeinsamen Standards und einer koordinierten Steuerung.
- **Entlastung der Verwaltung:** Gemeinsame und standardisierte Lösungen sollen Doppelspurigkeiten reduzieren und Ressourcen effizienter einsetzen.

### Wie geht es weiter?

Der Regierungsrat hat bereits im September 2025 den Projektauftrag und die strategische Stossrichtung festgelegt. Aufbauend auf den Workshop-Ergebnissen werden nun die Grundlagen weiter vertieft. Bis im Frühjahr 2026 sollen mögliche Lösungsansätze konkretisiert und darauf aufbauend eine E-Government-Strategie, ein Umsetzungskonzept sowie die gesetzlichen Grundlagen erarbeitet werden. Vorgesehen ist, dass im Mai 2026 das Vernehmlassungsverfahren gestartet werden kann.

**Gemeinsame Gestaltung im Fokus**

Das Projekt befindet sich aktuell in einer entscheidenden Phase. Die bisherigen Arbeiten zeigen eine hohe Übereinstimmung in den Zielsetzungen. Gleichzeitig sind zentrale Fragen zur Organisation, Finanzierung und rechtlichen Ausgestaltung noch zu klären. Klar ist: Eine zukunftsfähige digitale Verwaltung kann nur im engen Zusammenspiel zwischen Kanton und Gemeinden entstehen.

**Projektleitung**

Silvia Gut

Standeskanzlei, Abteilung Organisation

Marino Mathys

Finanzdirektion, Amt für Informatik

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Silvia Gut, [silvia.gut@ur.ch](mailto:silvia.gut@ur.ch), Tel. 041 875 20 32 oder an Marino Mathys, [marino.mathys@ur.ch](mailto:marino.mathys@ur.ch), Tel. 041 875 28 51.